

Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher
Nr. 11

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Nagold u. Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt

Erhebt wöchentlich 6 mal. Bezugspreis: monatlich 1,50 Mark. Die Einzelnummer kostet 10 Pf. Ausgabepreis: Die einseitige Seite oder deren Raum 15 Goldpfennige, die Reklamsseite 45 Goldpfennige. Nichterhalten der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung. Postfachkonto Stuttgart Nr. 6780. — Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 65

Altensteig, Freitag den 19. März

1926

Die nächsten Aufgaben

Mit der Rückkehr der deutschen Delegation aus Genf wird das Schwerkraft der politischen Arbeit wieder in das Parlament verlegt sein. Die Staatsberatungen sind inzwischen soweit vorgeschritten, daß der Etat des Auswärtigen Amtes binnen kurzem im Haushaltsausschuß des Reichstages beraten und dann vor das Plenum gebracht werden kann. Mit jeder Staatsberatung wird sich gleichzeitig die Debatte über die Vorgänge in Genf abrollen, die schon vor Wochen so vorgezeichnet war. Innerhalb der einzelnen Reichstagsfraktionen wird zugleich der Abschluß der Genfer Verhandlungen, den die Presse fast durchgängig als Fiasko oder als Totalniederlage bezeichnet, lebhaft besprochen. Der Weltfrieden des Reichstages ist für Freitag nachmittag zusammengerufen. Man will erst die Rückkehr der deutschen Delegierten abwarten, um über den weiteren Geschäftsplan zu disponieren. Ebenso wird der Auswärtige Ausschuß des Reichstages voraussichtlich Samstag zusammenzutreten.

Soweit sich überblicken läßt, ist aber nicht damit zu rechnen, daß die Interpellationen, die von einigen Parteien voraussichtlich eingebracht werden, Anfang nächster Woche im Plenum des Reichstages zur Besprechung gelangen. Zwischen den Fraktionen finden Verhandlungen statt mit dem Ziele, alle Fragen der auswärtigen Politik und damit im Zusammenhang stehende parlamentarische Vorgänge mit der Staatsberatung zu verbinden. Die Auffassung über die parlamentarische Situation hinsichtlich des Genfer Abschlusses sind noch außerordentlich geteilt. Während bei den Deutschen, Nationalen, Völkischen und Kommunisten eine scharfe Kontinuität und Kampfstimmung festzustellen ist, herrscht man bei den Regierungspartei die Dinge mit einer gewissen Zurückhaltung. Das ist umso mehr zu begrüßen, als wir kein Interesse daran haben können, den Zusammenbruch des Völkerbundes zu einer Niederlage der deutschen Politik zu verurteilen.

Trotzdem wird man auch hier gut tun, den Bericht der deutschen Delegierten abzuwarten. Sie müssen erst dem Parlament den Beweis dafür liefern, daß insbesondere die Rückwirkungen, die sich aus dem Locarno-Pakt ergeben, durch die unglückliche Wendung der Dinge in Genf keine Einengung oder gar eine Sabotage erfahren. Das, was in Genf an großartigen Gewinnen zu holen war, und was nicht zu unterschätzen ist, das wohnen die Staatsmänner der Entente, der großen und der kleinen, mit nach Hause, und sie werden es bis zum Herbst in die Formen vollzogener Tatsachen gekleidet haben, mit denen sich die Mitspieler in der Weltpolitik abzufinden haben. Kein Zweifel, daß Briand und Chamberlain bei der Rückkehr in ihre Heimat keinen leichten Stand haben werden. Insbesondere erwartet Chamberlain ein Empfang, den namentlich der Völkerbundsausschuß des Unterhauses mit seinen aus allen Fraktionen zusammengesetzten 500 Mitgliedern würzen wird, und der sich in heftigen parlamentarischen Kämpfen entladen wird.

Genfer Anschlag.

Beitrag an die deutsche Presse

Genf, 17. März. In einem Privatsalon des Hotel des Bergues, am Hof der französischen Ministerpräsidenten Briand die Vertreter der deutschen Presse. Er gab seinen tiefen Bedauern darüber Ausdruck, daß die Genfer Verhandlungen keinen besseren Abschluß gefunden hätten, beglückwünschte aber sich und die anderen Locarno-Nächsten zu dem neuen Übereinkommen, das in dem am Mittwoch veröffentlichten Bericht seinen Niederschlag gefunden habe. Es sei im hohen Maße erfreulich, daß es in einem kurzen Zeitraum gelungen sei, die Mißverständnisse zwischen Deutschland und Frankreich zu beseitigen. Er erhoffte in Zukunft eine enge gemeinsame Arbeit der französischen und deutschen Staatsmänner in dem Sinne eines echten und echten Verständigungsversuchens. Es sei Aufgabe der Völker, eine Verständigung herbeizuführen. Das deutsche und das französische Volk hätten Verständnis füreinander. Beide sehnten sich nach Frieden. Die wirtschaftlichen Gesichtspunkte, die sie verbinden, würden wesentlich zu einer Verständigung der beiden Nationen beitragen. Er selbst werde stets entschieden und eifrig für eine Verständigung eintreten. Er sei mit dem Reichskanzler und Dr. Stresemann völlig einig geworden. Die Verbindungen, die man in Locarno angeknüpft habe, würden auch in Zukunft fortgesetzt werden. Wenn Deutschland innerhalb der nächsten sechs Monate dem Völkerbund nicht beigetreten, so sei das kein Anlaß. Moralisch sei es bereits Mitglied des Völkerbundes geworden. Ein Besuch in Genf wäre eine Katastrophe gewesen; er sei von Deutschland überzeugt, daß die Genfer Tage in gegenseitigem Einverständnis

mit dem Willen zur Einigung zu Ende gingen. Sie bedeuten keinen Abbruch, sondern vielmehr den Anfang einer besseren Zukunft, in der es nun gelte, die Völker einander näher zu bringen. Er hoffe, daß Deutschland auch an den Arbeiten des Studienausschusses in der Reichstagskammer teilnehmen werde, damit man zu einer Lösung gelangen könne, die für alle Teile annehmbar und vorteilhaft sei.

Englische Stimmen über Genf

London, 18. März. „Daily News“ schreibt in einem Leitartikel über „das Verbrechen von Genf“ unter anderem: Kein Vernünftiger wird durch den Versuch der Hauptverursacher geblüht werden, die gesamte Schuld auf Brasilien zu schieben. Briand und Chamberlain sind gemeinsam und unmittelbar verantwortlich für die schmerzhaften Verhältnisse der letzten sechs Tage. Beide haben in ihre Hauptstädte zurück als verantwortliche und in Nichts gebrochene Staatsmänner. Chamberlains erste Handlung beim Zusammenreffen mit Baldwin mählte die Einziehung seines Rücktrittsgelübes.

„Westminster Gazette“ schreibt in einem Leitartikel: Chamberlain habe die moralische Führerschaft Englands in Genf verlor.

Der Genfer Sonderberichterstatter des „Daily Express“ schreibt: Deutschland verlor Genf fürchter, als es bei seinen Entschlüssen gewesen ist.

London, 18. März. Hochonold bezeichnete in einer Unterredung die Verschlebung der Genfer Verhandlungen als einen Verstoß gegen die Gerechtigkeit. Es sei noch zu früh, um zu sagen, welche die Rückwirkungen in Deutschland sein werden. Das Ansehen Englands sei in Genf noch mehr vermindert worden. Nichts des Inneren habe es, das Wiederholungen wieder zu sehen.

Rückkehr der deutschen Delegation nach Berlin

Berlin, 18. März. Die deutsche Delegation unter Führung des Reichskanzlers Dr. Luther und des Außenministers Dr. Stresemann ist Donnerstag nachmittag 2.50 Uhr im Sonderzug auf dem Anhalter Bahnhof eingetroffen. Zu ihrem Empfang waren u. a. der stellvertret. Reichskanzler, Reichswehrminister Dr. Gessler, Reichsfinanzminister Dr. Reinhold, sowie zahlreiche Herren des Auswärtigen Amtes erschienen.

Ein Schreiben des Völkerbundesrat an Tschitscherin

Genf, 19. März. Die Schweiz. Dep.-Ag. erfährt, daß der Völkerbundesrat in vertraulicher Sitzung den Wortlaut eines Schreibens an Tschitscherin aufgestellt habe, in welchem der Rat den lebhaftesten Wunsch bestätigt, auf die Mitarbeit Semjeterpuls bei den Beratungen der vorbereitenden Kommission für die Abrüstungskonferenz zählen zu können. Der Rat erinnert an die formelle Zusicherung der schweizerischen Bundesregierung in Bezug auf die Sicherstellung des Aufenthalts aller Delegierten in Genf.

Völkerbundesrat und Saargebiet

Genf, 18. März. Der Völkerbundesrat nahm Donnerstag vormittag in öffentlicher Sitzung zwei Berichte über das Saargebiet entgegen. Der erste Bericht behandelte eine rein interne Angelegenheit betreffend die Aufrechterhaltung und Sicherstellung dokumentarischer Materialien für die Volksabstimmung im Saargebiet. Der zweite Bericht beschäftigte sich mit der Frage der Disziplinierung und der damit zusammenhängenden Zurückziehung der noch im Saargebiet stehenden Truppen, deren Stärke zurzeit noch ein Regiment Infanterie, ein Regiment Kavallerie und ein Bataillon Jäger beträgt. Der Bericht spricht sich gegen die Erhöhung der Disziplinierung aus, die gegenwärtig noch 1005 Köpfe zählt, und gibt ferner Kenntnis von der Forderung der französischen Regierung, das Jägerbataillon bis zum 31. Mai d. Js. aus Saargebiet zurückzuführen und betont die Notwendigkeit, daß für außerordentliche Fälle zur Sicherung von Leben und Eigentum im Saargebiet an seinen Grenzen französische Truppen stationiert sein sollen, die im Bedarfsfalle der Regierungskommission sofort zur Verfügung gestellt werden können. Schließlich spricht sich der Berichterstatter für die Einsetzung eines Ausschusses aus, der dem Rat für seine Sommertagung Vorschläge über die Sicherstellung des Durchgangsverkehrs auf den Saarbahnen für alle Fälle machen soll. Der Rat hat den Bericht einstimmig genehmigt.

Der Rat ernannte in einer nichtöffentlichen Sitzung zum Nachfolger des bisherigen Präsidenten der Regierungskommission des Saargebietes Raulf den Kanadier Stephens, der bereits seit mehreren Jahren der Regierungskommission angehört. Als französisches Mitglied tritt in die Regierungskommission für den endgültig auszufällenden Markt sein Neffe M a r i z e, bisher Generalsekretär der Regierungskommission, ein. Die übrigen Mitglieder der Regierungskommission werden für ein weiteres Jahr bestätigt.

Die französische Regierungserklärung

Paris, 18. März. Die Regierungserklärung, die Ministerpräsident Briand Donnerstag nachmittag in der Kammer und Justizminister Davel im Senat vorlesen haben, hat folgenden Wortlaut: Trotz längerer Debatte ist es unmöglich gewesen, zum vorliegenden Zeitpunkt eine Lösung des Finanzproblems zu finden. Die neue Regierung hat, wie die vorausgesagte, die unbedingte Pflicht, einen vollständigen und wirklichen Ausgleich des Budgets zu sichern. Wenn wir auf die tätige und entschlossene Mitarbeit der Kammer und des Senats zählen können, und wir sind fest davon überzeugt, wird das Land auch ohne Feinrubrikation allen Schwierigkeiten einer finanziellen Wiederherstellung begegnen können. Schon jetzt verlangen wir von Ihnen außerordentliche Arbeitsdisziplin, damit vor den Parlamentsferien die nötigen Maßnahmen ergriffen werden können, um zu einem normalen Regime und zur budgetären Ordnung zurückzukommen. Wir sind willens, auf sämtliche Maßnahmen zu rechnen, die bereits angenommen oder zugelassen worden sind. Wir wollen rasch zu dem großen nationalen Sanierungsprogramm gelangen, dem alle Fragen unserer Politik untergeordnet werden müssen. Die Regierung wird mit dem Willen, zu einem wirksamen Abkommen zu gelangen, die zur Regelung der internationalen Schulden eingeleiteten Verhandlungen fortsetzen. Die Politik der internationalen Abkommen, der die Kammer mit einer sehr großen Mehrheit und der Finanzausschuß des Senats bereits zugestimmt hat, wird von der Regierung weiter geführt werden. Die Regierung wird sich bemühen, durch tätige Aufmerksamkeit und Tätigkeit die Gegensätze auszugleichen, um die Empfindlichkeiten der verschiedenen europäischen Völker zu beschwichtigen. Unauflöslicher ist es nicht möglich gewesen, in der außerordentlichen Sitzung des Völkerbundes den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund durchzuführen. Aber diese Veranlassung, für die keinen der Unterzeichner des Abkommens von Locarno die Schuld trifft, hat die Signatur keineswegs verunreinigt, wie sie es auch in einem Communiqué bestätigt haben, in dem feierlich der Wille zum Ausdruck kommt, die Abkommen von Locarno anzuerkennen und ihnen ihren vollen Gehalt zu geben. Die Nationen haben noch nicht ihr volles Gleichgewicht wiedererlangt. Die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten, mit denen sie zu kämpfen haben, die Verschiedenheit der Interessen und die Meinungen, die sie betreffen und die man ausgleichen muß, um endlich den Frieden zu sichern, machen mehr denn je dem Parlament, der Regierung, Wachsamkeit, Einigkeit und Entschlossenheit in den Willen und Bestreben im Handeln zur Pflicht. Damit schließt die Regierungserklärung.

Paris, 18. März. Nachdem Briand in der Kammer die Regierungserklärung vorlesen hatte, begann die Aussprache über die eingebrachte Interpellation betr. die Zusammenlegung des Kabinetts. In Begründung der Interpellation erklärte der der Demokratisch-Republikanischen Vereinigung angehörende Abgeordnete Barnegaray u. a.: Wir haben, Herr Ministerpräsident, eine ungeheure Enttäuschung erlebt. Ihre Rede über Locarno ist öffentlich angefochten worden. Wir erwarteten vom Völkerbund die Bestätigung dieser Abmachungen. Nun aber hat gleich am ersten Tage der Völkerbund die Zerbrechlichkeit dieser Abkommen bloßgestellt. Als der Abgeordnete erklärt, gleich bei seiner Ankunft in Genf habe Deutschland sein wahres Gesicht gezeigt und seine charakteristische Politik des Prestiges und des Herrschenwollens ausgespielt, rufte Kammerpräsident Herriot den Abgeordneten zur Sache. Barnegaray erklärte alsdann: Genf hat die Notwendigkeit einer Politik der Wachsamkeit hervortreten lassen, die allein in einem Kabinett der nationalen Konzentration durchgeführt werden kann. Barnegaray rief lebhaften Widerspruch bei den Sozialisten, den Radikalen und bei den Mittelparteien hervor. Der Interpellant tabelte, daß Briand Malvy, den Beurteilten des Staatsgerichtshofs in sein Kabinett aufgenommen habe. Briand erinnert daran, daß er am Vorabend von Genf gestürzt wurde. Ich hätte dann, sagte er, Zuschauer bleiben können, aber der Präsident der Republik hat mich aufgefordert, in Genf die nationale Ehre zu verteidigen. Die Rechte unterdrückt ihn und macht darauf aufmerksam, daß sie nicht allein schuld an dem Sturz des Kabinetts sei.

Als ich nach Genf abreiste, habe ich im Interesse meines Landes gehandelt. Es gab Schwierigkeiten, die durch gegenseitigen guten Willen überwunden wurden. Und wenn ein Land von seinem Recht Gebrauch gemacht hat, die Bestimmung des Völkerbundes nach seiner Art zu interpretieren, so ergibt sich daraus keineswegs, daß Uneinigkeit besteht. Die Vertreter Deutschlands und anderer Länder sagten mir für meine Intervention Dank. Ich habe das Gefühl, daß ich meinem Lande gedient habe. Jetzt finde ich in der Kammer nicht die gleiche Atmosphäre. Ich tue meine

Pflicht, aber ich mache mir keine Illusionen. Briand erin- nert dann daran, daß schon morgen die Quellen für das Schahamt erschlossen werden müssen.

Im Verlaufe der Sitzung wurde Briand angegriffen, weil er Maloy, der wegen dem Plan des Angriffs am Chemin-des-Dames als Verräter bezeichnet wird, in das Kabinett aufgenommen habe. Dabei bestätigt Oberst Fa- brin, daß der Angriffsplan bei einem getöteten Unteroffi- zier gefunden worden sei, Maloy also fälschlich des Betratts bezichtigt werde. Während auch Briand Maloy verteidigt, bricht Maloy neben Briand bewußtlos zusammen. Da- durch mußte die Sitzung auf eine halbe Stunde unterbro- chen werden, bis Maloy wieder zu sich kam. Schließlich wurde Briand mit 361 gegen 164 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.

Die mit 361 gegen 164 angenommene Tagesordnung, für die die Regierung die Vertrauensfrage gestellt hatte, hat folgenden Wortlaut: Die Kammer ist fest entschlossen, eine Politik des Friedens und der internationalen Ver- ständigung, der steuerlichen Gerechtigkeit und der Finanz- sanierung zu unterstützen und spricht der Regierung das Vertrauen aus, daß sie in kürzester Frist die Verabschie- dung eines ausgeglichene Budgets sicherstellen und die von der Demokratie mit Ungebuld erwartete Militärreform, so- wie die Sozialversicherungsgeetze verwirklichen wird. — Ein Zusatzantrag des sozialistischen Abgeordneten Renaud- del: Die Kammer verdammt das Verfahren ständiger Ver- leumdungen, das die Reaktion gegen die Republikaner zur Anwendung bringt, wird mit 336 gegen 164 Stimmen ebenfalls angenommen. — Darauf vertagt sich die Kam- mer auf Montag nachmittag.

Neues vom Tage.

Ein kommunistischer Mißtrauensantrag gegen die Reichs- Regierung.

Berlin, 18. März. Die kommunistische Reichstagsstat- tion hat folgende Interpellation eingebracht: Ist die Reichsregierung bereit, angesichts des katastrophalen Zu- sammenbruchs der Völkerbundspolitik in Genf sofort das Eintrittsgesuch Deutschlands in den Völkerbund zurückzu- ziehen? — Ferner hat die kommunistische Reichstagsstat- tion beschlossen, bei der bevorstehenden Debatte über den Außenetat einen Mißtrauensantrag gegen das gesamte Ka- binett einzubringen.

Die letzten Beschlüsse des Völkerbundsrates.

Genf, 18. März. Der Völkerbundsrat schloß heute nach- mittag seine 39. Tagung. Es wurde beschlossen, den Aus- schuß zum Studium der Frage der Ratserweiterung zum 10. Mai 1926 nach Genf einzuberufen. Der Ausschuß soll unter Berücksichtigung aller Anregungen und etwaiger An- sprüche dem Rat so bald als möglich einen Bericht vorle- gen, der gleichzeitig auch zur Information an die Mitglied- staaten des Völkerbundes weitergeleitet werden wird. Falls der Ausschuß sich nicht auf einen gemeinsamen Bericht ein- gehen kann, so soll er einen Mehrheits- und einen Minder- heitsbericht vorlegen. Die Entscheidung über weitere Verhandlungsergebnisse steht in erster Linie dem Rat zu. Der vorbereitende Ausschuß für die Abrüstungskonferenz wurde auf den 18. Mai 1926 nach Genf einzuberufen. Er um- faßt 21 Staaten und zwar außer den Ratsmächten noch fol- gende Staaten: Deutschland, Vereinigte Staaten, Sowjet- rußland, Jugoslawien, Bulgarien, Rumänien, Holland, Finnland, Polen, Argentinien und Chile.

Der ständige militärische Ausschuß des Völkerbundes soll am 19. oder 20. Mai zusammentreten. Auch der ge- meinsame Ausschuß, der wahrscheinlich einige Tage später seine Arbeiten aufnehmen soll, wird noch um vier Ver- treter: Deutschland, Vereinigte Staaten, Japan und Sow- jetrußland erweitert, die für industrielle und Transport- fragen besonders qualifiziert sind. Ferner wurde ein Dreier-Komitee aus den Ratsmitgliedern Japan, Schweden und der Tschechoslowakei gebildet, das dem Rat für seine Sommertagung zwei Berichte über die Wirkung regio- naler Sicherheitspakte vorlegen soll. Zu dem Beschluß des Senats der Vereinigten Staaten von Amerika in Be- zug auf deren Beitritt zum ständigen Internationalen Ge- richtshof schlug Chamberlain vor, eine Konferenz einzube- rufen, bei der die Vertreter der Mächte, die das Statut des ständigen Internationalen Gerichtshofes unterzeichnet ha- ben, mit einem Vertreter der Vereinigten Staaten eine neue Vereinbarung ausarbeiten würden. Der Rat be- schloß, diese Staaten zu einer entsprechenden Konferenz zum 1. September 1926 nach Genf einzuladen.

Nach Kenntnisnahme der neuesten Erklärungen der Regierungen von Polen und Litauen über den litauisch- polnischen Grenzkonflikt vom 24. Februar 1926 schloß dann der Rat seine Frühjahrstagung mit einer nichtöffentlichen Sitzung.

Die Kämpfe in Syrien.

Paris, 18. März. Die Nachricht aus Beirut, daß der Sultan Atrach verwundet bzw. getötet worden sei, ist un- richtig. Nach einer weiteren Havasmeldung aus Beirut ist eine Abteilung von 50 französischen und Senegalesen infolge falscher Ausführung eines Befehls in einen Hinter- halt geraten und von den Druzen niedergemacht worden. Nur wenige Mann konnten sich retten. Als Verstärkungen der Franzosen herannahen, zogen sich die Druzen zurück.

Einbringung eines deutschen Fischdampfers in Norwegen.

Oslo, 19. März. Der deutsche 200 Tonnen große Fisch- dampfer „Deutschland“ wurde gestern von Zollfahrzeugen angehalten und nach Trondhjem eingebracht. Das Schiff hat 55 000 Liter Sprit an Bord. Der größte Teil der Be- satzung wurde verhaftet.

Untergang eines italienischen Dampfers.

London, 18. März. Der italienische Dampfer „Jager- nes“ (?) sank gestern auf offener See vor der Küste von Cornwall nach einem Zusammenstoß mit einem britischen Dampfer. Man fürchtet, daß 21 Mann der Besatzung er- trunken sind.

Neue Deutschpauerverfolgungen in Oberschlesien

Frankfurt a. M., 18. März. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Barmen: Die Deutschpauerverfolgungen in Pol- nisch-Oberschlesien haben wieder eingesetzt. Gestern wurde eine deutsche Theateraufführung in Hohenfunde von Polen gestört und die Teilnehmer zum Teil schwer mißhandelt. Obwohl Polizei anwesend war, ist sie nicht eingeschritten. Die deutsche Bevölkerung befürchtet anlässlich des bevor- stehenden 5. Jahrestages der Abtretung um kommenden Sonntag neuen Terror ausgesetzt zu sein. Die Auftritte der polnischen Parteien stehen unter der Parole, man werde nie- mals zulassen, daß die deutschen Bestrebungen, Ostoberschle- sien zurückzugewinnen, verwehrt werden.

Wahlzüge auf den Balkan von Bafes und Baldwin

London, 18. März. Als Balkan aus Anlaß des inischen Nationalkongresses im Hotel Cecil in London einem Bankett be- wohnte, wurde von einem Anhänger des Ironführers de Beletta von der Galerie eine Stenbombe in den Saal ge- worfen, durch die mehrere Tischstühle in Brand gesetzt wur- den. Baldwin blieb unverletzt. Eine halbe Stunde später wurde auf den Beinen von Bafes, der ebenfalls an einem Bankett teilnahm, ein Attentat verübt. Eine Acetylengas- bombe mit brennender Zündschnur wurde vor der Stra- ße in den Saal des Piccadillyrestaurants geschleudert, in dem sich der Prinz befand. Kriminalbeamte konnten die Bombe unschädlich machen. Die Täter sind unermittelt ent- kommen.

Der in der Frankensächungsangelegenheit genannte Ingenieur Schulze gestorben

Berlin, 18. März. Der Ingenieur Arthur Schulze, gegen den wegen seiner Beteiligung an den Budapester Frankens- sächungen ein Untersuchungsverfahren geführt wurde, ist Donnerstag früh in der Irrenanstalt Herzberge gestorben. Er hatte gleich nach seiner Einlieferung in das Unter- suchungsgefängnis Spuren von Geisteskrankheit gezeigt und wurde, da sein Zustand sich verschlimmerte, nach Herzberge gebracht.

Das ostliche Amerika zu den Genfer Verhandlungen

Newport, 18. März. Bei den Washingtoner Besprechun- gen zwischen Coolidge, Kellog und Houghton wurden fol- gende Punkte aufs Schärfste unterstrichen. Als Ergebnis der Besprechung sei anzusehen, daß Amerika sich in den europäischen Angelegenheiten noch mehr zurückhalten werde als bisher. Europa verfolge auch heute noch dieselbe Bünd- nispolitik wie in der Vorkriegszeit. Das sei klar erwiesen dadurch, daß in Genf kleinere Mächte vorgeschoben worden seien, um ihren gleichzeitigen Eintritt mit Deutschland in den Völkerbund zu erzwingen, um dadurch die Wirkung von Deutschlands Eintritt abzuschwächen. Die europäischen Mächte hätten nichts hinzugelern.

Deutscher Reichstag.

Abweisung des Mißtrauensantrages gegen Dr. Müller

Berlin, 18. März. Am Donnerstag wurde die Einzelberatung des Hansbalts der Reichsärzternährungsministeriums beim letzten Abschnitt, Gesund- heitspflege, fortgesetzt.

Abg. Baedens (Dn.) empfiehlt in gewissem Umfang So- zialunterricht in den Schulen. Er betont dann die Not- wendigkeit, bei der kommenden Reichsgesundheitswoche Partei- politik auf jeden Fall fernzubalten. Sport und Leibesübungen müßten als Ersatz der verlorenen Wehrpflicht stärker gefördert werden. Bedauerlich seien die Auswüchse der Rassenkulturbe- wegung.

Abg. Dr. Moses (Soz.) verlangt für jeden Arbeiter die Mög- lichkeit angemessener Ernährung und Wohnung. Wenn das nicht erreicht werde, habe alle Bevölkerungspolitik keinen Zweck. Die Kinderfürsorge müsse ganz anders durchgeführt werden. Im Alter von einviertel und zwei Jahren sind jetzt fast 30 Prozent der Kinder rachitisch. Die Zustände seien jetzt vielfach schlimmer. In der weiteren Aussprache verabschiedete sich Präsident des Reichsgesundheitsamtes Baum vom Reichstag und dankte für anerkennende Worte, die die Tätigkeit des Reichsgesundheits- amtes gefunden haben. Er habe unter 18 Reichsministern ge- arbeitet, für ihn gebe es keinen schöneren Lohn, als wenn die Volkspartei anerkennen, daß er seine Pflicht treu erfüllt habe. Die schroffste Kritik der Sencken, die Tabaksteuer, müsse noch kräftiger bekämpft werden, ebenso die Sexualmissetatlichkeit und die Geschlechtskrankheiten.

Es folgten die Abstimmungen. Ein demokratischer Antrag die Mittel für die Beamtenwohnheimen von 35 000 auf 100 000 M. zu erhöhen, wird abgelehnt. Man kommt dann zur Abstimmung über die Mißtrauensanträge der Deutschnationalen und der Kommunisten gegen den Innenminister Dr. Müller.

Der kommunistische Mißtrauensantrag wird darauf gegen die Antragsteller abgelehnt. Die Abstimmung über das deutsch- nationale Mißtrauensantrags ist namentlich. Dasselbe wird mit 252 gegen 97 Stimmen bei 41 Enthaltungen abgelehnt. (Bei- fall bei den Regierungsparteien.)

Ein Antrag Dr. Schulz (D. Bp.) auf Einsetzung eines beson- deren Ausschusses zur Kochprüfung der Verfassung wird abge- lehnt. Dafür stimmten Deutschnationalen, Böttische, die deutsche und die Bayer. Volkspartei. Ein Antrag, den Antrag Dr. Schulz (D. Bp.) auf Heraussetzung des Wahlalters und Wenderung der Reichsärzternährungsministeriums zu überweisen, wird abge- lehnt und schließlich der Antrag selbst. Ebenso abgelehnt werden alle weiteren Anträge auf Verfassungsänderungen. Angenommen wird ein Antrag, der die baldige Vorlegung des Reichsge- sundheitsgesetzes fordert. Damit ist der H.-S.-Ball des Reichsminis- teriums des Innern in zweiter Lesung erledigt.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, den 19. März 1926.

Volksbegehren. In Altensteig haben sich von 1449 Stimmberechtigten nur 188 Personen in die Liste für das Volksbegehren zur Fürstentemignung gültig eingetragen.

Gegen den vorzeitigen Verkauf von Aufwertungshypo- theken. In letzter Zeit erschienen in der Presse vielfach Kaufangebote für Aufwertungshypothen. Tatsächlich haben auch schon Hypothekengläubiger ihre aufgewerteten im Jahre 1932 fälligen Hypothen veräußert. Die hier- bei erzielten Erlöse liegen erheblich hinter den Sätzen, die nach der zum Aufwertungsgesetz ergangenen Durchfüh- rungsvorordnung vom 29. 11. 25 bei vorzeitiger Rückzah- lung von Aufwertungshypothen zu erreichen sind. Den Besitzern von Aufwertungshypothen kann daher nur dringend nahe gelegt werden, gegen jede solche Kaufange- bote äußerste Vorsicht walten zu lassen.

Darlehenslasten und Kriegoanleihe. Auf Rückfrage bei ehemaligen Eigentümern von solchen Kriegoanleihen, die bei Darlehenslasten deponiert waren, wird nun, was ursprünglich verschwiegen wurde, zugegeben, daß die Land- wirt. Genossenschaftszentralstelle, ehe sie die Kriegoanleihe verkauft habe, bei den Darlehenslasten angefragt habe, ob sie die Anleihepapiere nicht für ein oberschwäbisches Gel- dtritzitätswerk übernehmen dürfe, worauf viele eingegangen seien. Demnach beruht die Darstellung in Nr. 53 d. Bl. auf Irrtum.

Ragold, 18. März. (Vom Rathaus.) Gemeinderat- sitzung vom 17. März. Anwesend: Vorsitzender und 15 Mitglieder. Im Verlauf befindet sich u. a. ein Erlaß der Min.-Abteilung für Bezirks- und Körperchaftsverwaltung über die Genehmigung des mit der Frau Köhlerwirt Kno- del abgeschlossenen Vergleichs über die Aufwertung ihrer Kaufpreisforderung und ein Erlaß des Kultministeriums vom 24. Februar an die Zentralstelle für die Landwirtschaft, wonach im Staatshaushaltsplan für 1926 die Mit- tel für die Errichtung einer landwirtschaftlichen Wirt- schule in Ragold vorgegeben sind. Zur Unterbringung wird der 2. Stock im Präparandenanfallsgebäude in Aussicht genommen. — Bauwesen. Die Schauhütte im Kinderjulgarten ist alt und gebrechlich, ihre Er- neuerung käme aber auf 2500 Mark. Ebe der Frage näher getreten wird, soll die Baukommission einen Augenblick vornehmen. Schon jetzt wird aber die Erweiterung des Kinderjulgartens unter Einbeziehung eines Teils des Gemüsegartens als dringend notwendig bezeichnet. — Es sind Grundstücke im Eisberg angeboten. Der Preis ist aber zu hoch. Wenn nicht eine Herabsetzung seitens der Verkäufer erfolgt, soll von dem Kauf abgesehen werden. — Der 2. Distrikt der Stadtwaldjagd (Gäuseite) wird auf weitere drei Jahre verpachtet werden. Dagegen wird die Jagd im Kallberg aus forstwirtschaft- lichen Gründen bis auf Weiteres in eigene Regie genom- men. Die Winterhalde wird auf seinen Wunsch dem Gra- fen Urzulauf auf Rittergut Dürrenhardt zu den üblichen Be- dingungen für 120 Mark jährlich auf drei Jahre überlas- sen. Die Grundstücke für die zukünftige Behandlung der Jagd in den Distrikten Kallberg und Lemberg sind im Forstausschuß vorbereitet und heute vom Gemeinderat ge- nehmigt worden. Die Verwaltung der Jagd wird dem Waldkontrollor, Gemeinderat Stifel, übertragen. Die Ausübung der Jagd soll durch Mitglie- der des Gemeinderats erfolgen. Auf Antrag können auch andere Einwohner der Stadt zur Teilnahme an der Jagd zugelassen werden. Hierbei sind in erster Linie solche Antragsteller zu berücksichtigen, die keine eigene Jagd besitzen, bzw. an feiner anderen Jagd beteiligt sind. Die betreffenden Gesuche sind an den Jagdverwalter zu richten; die Entscheidung über dieselben steht dem Forstausschuß des Gemeinderats zu. Die Zulass- ung erfolgt unentgeltlich.

Voraussetzung ist, daß Betreffender im Besitze einer Jagd- tartie ist, sich der aufgestellten Jagdordnung unterwirft und sich verpflichtet, allen Anordnungen des Jagdverwalters pünktlich Folge zu leisten. Die zugelassenen Jagdteilnehmer erhalten als Ausweis einen Jagdschein. Bei Mangel an Teilnehmern, bzw. bei ungenügendem Abschlag durch dieselben sind die Wald- schützen zur Ausübung der Jagd zuzuziehen. Das Fehlen des Ausweises ist Obliegenheit der Waldschützen. Die Bewertung des Wildprets erfolgt durch Lieferungsverträge der Stadt. Den zugelassenen Jagdteilnehmern wird auf Wunsch das Wildpret des von ihnen selbst erlegten Wildes für den Haushalt zu dem in den Lieferungsverträgen festgesetzten Preis abzüglich 20 Pro- zent Rabatt überlassen. Die aufgestellte Jagdordnung haben alle Jagd-Teilnehmer unterschrieben anzuzeichnen und genau eingehalten. Die Jagd ist nach weidmännischen Grundsätzen aus- zuüben. Den Jagdteilnehmern ist nurirsch und Anstand ge- stattet, Stöberjagen, mit Hunden, sowie die Abhaltung von Drück- und Treibjagen sind den Jagdteilnehmern verboten. Dieselben werden vom Jagdverwalter angeordnet und geleitet. Das Graben von Fuchs und Dachs wird unterlassen. Das Fangen des Raubwildes mit Fallen erfolgt durch die Jagdver- waltung. Jedem Jagdteilnehmer wird vom Jagdverwalter ein bestimmter Waldteil zur Ausübung der Jagd zugewiesen. Die Jagdteilnehmer haben sich genau an diese ihnen zugewie- senen Waldteile zu halten. Ein Uebergriß in andere Wald- teile hat den Verlust der Jagderlaubnis ohne Weiteres zur Folge. Rehwild darf aufirsch und Anstand nur mit Kugel ge- schossen werden. Alles Wild ist alsbald bei der Forstverwal- tung abzuliefern.

Für die drei Kalenderjahre 1926—1928 entfallen auf die Stadt Ragold 8 Abgeordnete zur Amtsver- sammlung. In geheimer Abstimmung werden gewählt: die Herren Stadtschultheiß Raier, Gemeinderat Strenger, Gemeinderat Jg. Gemeinderat Kläger, Gemeinderat Sti- fel, Gemeinderat Häußler, Gemeinderat W. Harr und Ge- meinderat Raaf. Als Stellvertreter wurden gewählt die Herren Gemeinderat Hejer, Schraeder, Gabel und Braun. — Mit Ermächtigung der Minist.-Abt. für die höheren Schulen vom 3. März d. J. stellt das Vorsteheramt der Latein- und Realschule den Antrag, eine weitere a. l. a. d. e. m. i. s. e. Hilfslehrerstelle (Reisprachler) zu er- richten. Die Schülerzahl erhöhe sich gegenüber dem Vor-



1918. Markt 18. Dezember 18. 1918. Weizenmehl 40-42,50, Gerst...

Wärte
Stuttgarter Schlachthaus vom 18. März. Zugeführt waren 28...

Konfuzi.
Johannes Kammerer, Inh. eines Ladengeschäftes in Oberndorf...

Letzte Nachrichten.

Nach der Genfer Tagung.
Berlin, 18. März. Der Reichskanzler erstattete alsbald nach...

hungen die beiderseitige Fortführung der Locarnopolitik...
Die deutschen Delegierten über die Genfer Tagung.
Berlin, 18. März. Reichskanzler Dr. Luther und Außenminister Dr. Stresemann...

PERFLOR ist besser
als das Waschmittel, das Sie brauchen.
Perflor D.N.P. von Stammer ist etwas noch als...

Junge Hühner
verkauft
Johannes Ruz, Altensteig.
Ca. 60 Zentner Heu
hat zu verkaufen
Adam Seid.
Berloren
ging am Donnerstag von der Restauration bis nach...

Baumwollmusline Wollmusline Kleiderzephyre Bminderlinnen
Meter v. Mk. 0.75 an Mtr. v. Mk. 2.60 an Mtr. v. Mk. 0.75 an in vielen Farben. Meter Mk. 1.10.
Wollene Kleiderstoffe
in allen modernen Webarten und Farben, in bekannt reicher Auswahl und billigst bei
Reinhold Hayer, Altensteig.

Inserate
für die morgige Samstagnummer
bitten wir mögl. frühzeitig, größere schon heute, aufzugeben.

Die Frage
mit welchen Mitteln Sie sich wirtschaftlich gesund weiter entwickeln, so individuell sie sein mag, wird immer zum großen Teil damit beantwortet werden, daß Sie inserieren und immer wieder inserieren sollen.
Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“
Hornberg.
1. Qualität
Apfel-, Birn- und Pflaumenhochstämme
zum Verpflanzen, hat abzugeben
Georg Freger, Baumwart.

Taschenmesser
Scheren
Bestecke
in solider Ausführung liefert preiswert
Fr. Roller, Messerschmied, Altensteig.

Zu
Konfirmations-Geschenken
empfehlen wir
Gesangbücher in solider und schöner Ausführung.
Gesangbuchtäschchen für Konfirmanden.
Bücher aller Art zur Unterhaltung und Belehrung.
Bergführerführer, christliche und klassische.
Lafettenbibeln, Neue Testamente, Gebetbücher, Kochbücher, Kochrezeptbücher, Notizbücher, Skizzenbücher, Reißzeuge, Briefpapiere in Kassetten und Blocks, Schreib- u. Vorklebealbum zu billigst gestellten Preisen
W. Rieker'sche Buchhandlung Altensteig.

Handels-Kurs
Beginn des nächsten Kurses in
Buchführung :: Korrespondenz
Handelslehre :: Kaufm. Rechnen
Reichskurzschrift :: Maschinenschriften
am 1. Mai 1926
Teilnahme an Einzelfächern ist möglich.
Anmeldung erbeten an
Isolde Gut - Nagold
Calwerstraße.

Für Konfirmation
empfehlenswerte
Bücher u. Schriften:
Heinrich, A. Geld eingebent Mfr. 2.-
Schäfer, Fr. Seele wohin 1,75
Keller, S. Sein eigen (für Knaben) 3,50
Keller, S. Ein Höhenweg 3,50
Siedel, L. Der Weg zur ewigen Jugend 3.-
Wittbrecht, S. Heilig ist die Jugendzeit 3,50
Wittbrecht, S. Maria und Martha 3,50
Gros, K. Palmbüchlein 2,40
Spitta, Walter und Harz 1,80
Hoffmann, Fr. A., Näher zum Ideal 4,50
Hoffmann, Fr. A. Aus vollem Leben, ins volle Glück 1,40
Lavater, Die Jugendzeit dem Herrn geweiht 1,30
Ulbricht, W. Von gold. Strögen, gold. Sternen 7.-
Ulbricht, W. Aus klarem Sinn 60
Roderich, L. Licht für den Weg 60
Hammer, Fr. Blütenzweig 2.-
Hübner, Rich in Gott 2,75
Hübner, Maria und Lisa 2,75
Josephson, B. Vergiß die Stunde nicht 1,20
Josephson, B. Auf heiliger Höhe 1,20
Strauß, L. Herr bleibe bei uns 60
Jäger, J. Lichter am Wege 60
Bauer, Fr. Wegweiser für Konfirmanden 20
Planck, S. Mitgabe fürs Leben 15
Zu haben in der
W. Rieker'schen Buchhdlg.
Altensteig.

